



Update aus Berlin

Februar 22



NEUES
aus dem Wahlkreis

WICHTIGES
aus dem Bundestag

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Bereits am Sonntag haben wir in der 17. Bundesversammlung Frank-Walter Steinmeier für fünf weitere Jahre zum Bundespräsidenten wiedergewählt. Gemeinsam mit mir wurde der Kreis Warendorf auch durch unsere Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass vertreten. In seiner Rede setzte Frank-Walter Steinmeier aus meiner Sicht genau die richtigen Akzente: Demokratie, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Bekämpfung des Klimawandels und Frieden in Europa.

Im Bundestag haben wir über den Heizkostenzuschuss beraten und die Sonderregeln für das Kurzarbeitergeld verlängert. Am Freitag habe ich zudem zu einem Antrag der AfD gesprochen. Wie bei jedem komplexen Problem wurde auch hier von den Rechten versucht, einzelnen Bevölkerungsgruppen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Die Bau- und Wohnungspolitik ist häufig Gegenstand von Presseberichten mit mir. Beispielhaft findet ihr [hier](#) ein Interview.

In der konstituierenden Sitzung der AG Kommunalpolitik wurde ich einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt. Ich freue mich sehr über das Vertrauen meiner Kolleginnen und Kollegen und die Wertschätzung meiner Arbeit. Zudem wurde ich von meiner Fraktion in den Kunstbeirat des Deutschen Bundestages gewählt. Mehr Infos dazu findet Ihr in diesem Update.

Auch im Kreis Warendorf war ich in den letzten Wochen wieder unterwegs - teilweise mit einem besonderen Gast! Mehr dazu ab Seite 7.

Am kommenden Dienstag biete ich von 16 bis 17:30 Uhr wieder eine telefonische Bürgersprechstunde an. Erzählt diese Möglichkeit gerne weiter, besonders in diesen bewegenden Zeiten gibt es bei vielen Menschen einen großen Redebedarf. Meldet Euch unter der Nummer 02382/914422 - wenn ich nicht direkt rangehe, rufe ich Euch zurück!

Viele Grüße aus Berlin,

Euer 

Inhalt

Wiederwahl von Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten. >>>

Verlängerung Kurzarbeitergeld. >>> Wahl in den Kunstbeirat. >>>

Wiederwahl als Vorsitzender der AG Kommunalpolitik. >>> Meine Rede im Bundestag am 18.02. >>> In 100 Stunden zum Wohnhaus. >>> VEKA: Das

Fenster zur Zukunft in Sendenhorst. >>> Zu Gast im Ahlener Gymnasium:

"Empörung allein reicht nicht!"



Wiederwahl von Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten

Mit großer Mehrheit haben wir Frank-Walter Steinmeier in der 17. Bundesversammlung für fünf weitere Jahre als Bundespräsident gewählt. Mit seiner ruhigen und verbindlichen Amtsführung ist er genau der richtige Präsident zur richtigen Zeit. Er hat einen klaren Wertekompass und versteht es, Brücken zu bauen.

In seiner Reden nach der Wiederwahl benannte er klar wofür er sich in den kommenden Jahren weiter einsetzen will: Die Demokratie. „Nichts leuchtet heller als die Idee der Freiheit und Demokratie in den Köpfen und Herzen der Menschen“, sagte Frank-Walter Steinmeier. Er werde überparteilich sein. „Aber ich bin nicht neutral, wenn es um die Demokratie geht.“



„Wer für die Demokratie streitet, der hat mich auf seiner Seite. Wer sie angreift, wird mich als Gegner haben.“

Frank-Walter Steinmeier



Demokratie brauche Kontroverse, so Steinmeier. Aber der wiedergewählte Bundespräsident machte auch ganz klar, wo für ihn die rote Linie verläuft: Bei Hass und Gewalt. Er warnte davor, die Herausforderungen für die Demokratie zu unterschätzen. „Gegner der Demokratie, von außen und von innen, säen in der Pandemie Zweifel an unserer Handlungsfähigkeit und unseren Institutionen, an der freien Wissenschaft, den freien Medien.“ Auch im Bericht aus Berlin (ARD) sprach der Bundespräsident von der Kommunalpolitik als Wurzel der Demokratie. Und wie zersetzend die vielen Anfeindungen gegenüber (ehrenamtlichen) Kommunalpolitiker:innen für unsere Demokratie vor Ort und Gesellschaft sind. Auf diesen Missstand will er aufmerksam machen und sich dagegen einsetzen. Dabei hat er meine volle Unterstützung.

Steinmeier betonte aber auch: „Die Pandemie hat tiefe Wunden geschlagen in unserer Gesellschaft. Und ich möchte dabei helfen, diese Wunden zu heilen“.

Mit Blick auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine richtete sich Steinmeier direkt an den russischen Präsidenten Wladimir Putin: „Ich appelliere an Präsident Putin: Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine! Und suchen Sie mit uns einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt“, sagte Steinmeier und fügte hinzu:

„Unterschätzen Sie nicht die Stärke der Demokratie!“

Verlängerung des Kurzarbeitergeldes

In dieser Woche haben wir die Regeln für das Kurzarbeitergeld nochmals bis Ende Juni verlängert. Das Kurzarbeitergeld ist ein wichtiges Instrument, um Arbeitsplätze zu erhalten und die Wirtschaft zu stabilisieren. Gerade für bestimmte Branchen, etwa die Gastronomie oder für die Veranstaltungsbranche, ist Unterstützung weiterhin nötig. Derzeit beziehen circa 580.000 Erwerbstätige in 88.000 Betrieben das Kurzarbeitergeld. In der Höchstphase im April 2021 nutzen circa 600.000 Unternehmen mit fast 6 Millionen Beschäftigten die Möglichkeit des Kurzarbeitergeldes.

Das Kurzarbeitergeld ist gut angelegtes Geld, denn mittel- bis langfristig ist es günstiger Arbeitsplätze zu erhalten, als Millionen von Menschen in die unverschuldete Arbeitslosigkeit fallen zu lassen. Es ist ein Sinnbild für die kluge Solidarität in unserem Sozialstaat. Es federt die soziale Härte von Wirtschaftskrisen ab und ist wirtschaftlich sinnvoll zugleich.

Informationen zu dem Kurzarbeitergeld findet Ihr hier:

Für Arbeitgeber - <https://www.arbeitsagentur.de/m/corona-kurzarbeit/>

Für Arbeitnehmer - <https://www.arbeitsagentur.de/finanzielle-hilfen/kurzarbeitergeld-arbeitnehmer>

Eine kurze Geschichte des Kurzarbeitergeldes

1910 – Kali-Gesetz (Vorläufer des Kurzarbeitergeldes)

Durch einen verordneten Kapazitätsabbau in der Kali-Industrie, kam es zu Verlusten von Arbeitsplätzen. Die betroffenen Arbeitnehmer wurden vom Staat entschädigt.

1924 – Einführung der „Kurzarbeiterunterstützung“ in der Weimarer Republik

1957 – Einführung des Kurzarbeitergeldes in der BRD

2008 – Finanzkrise

Olaf Scholz, der damalige Arbeitsminister, novelliert das Kurzarbeitergeld, um Arbeitsplätze zu erhalten und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren. Dank dieser und anderer Maßnahmen kommt Deutschland besser durch die Krise, als viele andere Länder.

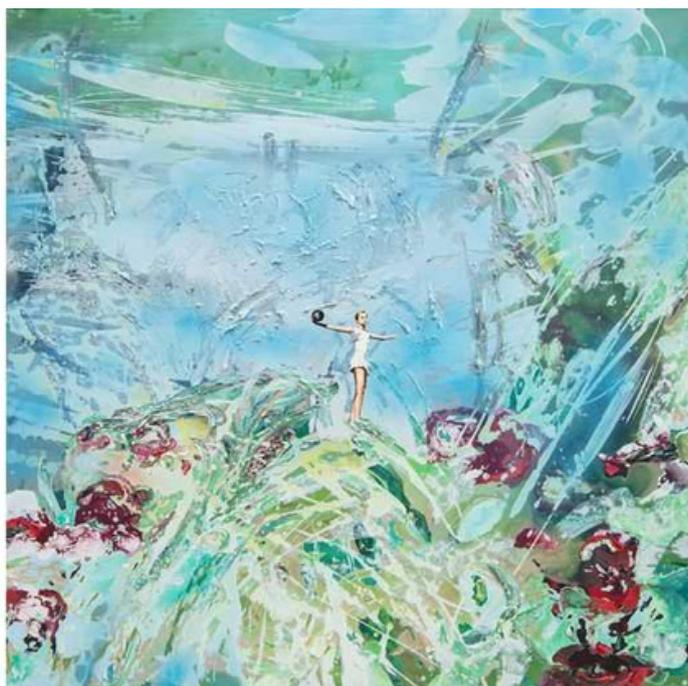
2020 – Corona-Krise

Auch während der Corona-Krise bewährt sich das Kurzarbeitergeld. Viele Staaten (bspw. Großbritannien) kopieren das Modell des Kurzarbeitergeldes, um Arbeitsplätze zu erhalten.



Wahl in den Kunstbeirat des Deutschen Bundestages

Ich freue mich sehr darüber, dass die SPD-Bundestagsfraktion mich in den Kunstbeirat des Deutschen Bundestages gewählt hat. Wie viele von euch wissen, ist die Förderung der Kunst mir ein persönliches Anliegen. Der Kunstbeirat berät die Bundestagspräsidentin in Fragen der Förderung der bildenden Kunst. Er tagt unter Vorsitz der Bundestagspräsidentin und betreut drei Aufgabenfelder: Zum einen werden jährlich Kunstwerke für die Kunstsammlung des Deutschen Bundestages durch Ankauf erworben oder Aufträge für Kunstprojekte erteilt. Zum zweiten entscheidet er über die Kunst-am-Bau-Projekte für die Parlamentsbauten in Berlin. Und zum dritten beschließt er die Ausstellungen zeitgenössischer Kunst in den Liegenschaften des Bundestages.



Das Bild Morgenfrisk von Andrea Damp wurde vom Kunstbeirat zugelaufen und hängt in meinem Bundestagsbüro in Berlin

Durch diese Förderung trägt der Kunstbeirat dazu bei, unser kulturelles Erbes zu erhalten und sorgt mit dafür, dass sich Kunst und Kultur entfalten können.

Wiederwahl zum Vorsitzenden der AG Kommunalpolitik

In der konstituierenden Sitzung der AG Kommunalpolitik wurde ich als Vorsitzender wiedergewählt. Die AG Kommunalpolitik ist ein Zusammenschluss aller kommunalpolitisch interessierten SPD-Abgeordneten und größte AG der Fraktion. Da die Kommunalpolitik immer ein Querschnitts-thema ist, finden sich hier unterschiedliche Fachpolitiker zusammen. Klar ist: Die SPD ist und bleibt die Anwältin der Kommunen. Wir wissen um ihre Bedeutung für die Lebensqualität der Menschen und als Fundament unserer föderalen Demokratie.



Meine Rede am Freitag, den 18. Februar 2022

Mit ihrem Antrag zur Wohnungsnot beweist die AfD-Fraktion, dass sie in den letzten vier Jahren nichts dazugelernt hat. Für alles Schlechte im Land kann es für die AfD nur zwei Übeltäter geben: Die demokratische Mehrheit und natürlich, wie soll es anders sein, die Flüchtlinge.



Wie so oft dienen Menschen mit kleinerem Portemonnaie der AfD nur als Feigenblatt, um gegen Flüchtlinge zu hetzen. Dies zeigt sich, wenn man den Antrag liest: Sozialwohnungen werden nur einmal erwähnt und es findet sich hierzu lediglich die Aufforderungen, die Menschen möglichst schnell aus ihren Sozialwohnungen zu werfen. Wie man die Probleme auf dem Wohnungsmarkt lösen kann, zeigen dagegen wir, die Ampel-Koalition im Koalitionsvertrag. Wir werden für einen modernen Mieter:innen-Schutz sorgen, wir werden den Neubau ankurbeln und jährlich 100.000 Sozialwohnungen bauen. Damit schaffen wir es, dass Wohneigentum und Mieten wieder erschwinglicher werden.

KfW-Förderung im Kreis Warendorf

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) veröffentlicht zu Beginn eines jeden Jahres ihren Förderbericht für das jeweils vergangene Jahr. Es freut mich, dass die zahlreichen Förderprogramme der KfW im Kreis Warendorf offenbar stark in Anspruch genommen werden. Im vergangenen Jahr sind rund 276 Millionen Euro an Krediten und Zuschüssen der bundeseigenen Bank in den Kreis Warendorf geflossen. Insgesamt wurden 5712 Anträge auf KfW-Förderung von Unternehmen oder Privatpersonen gebilligt.

Mit rund 89 Millionen Euro wurden heimische Privatunternehmen gefördert, Privatpersonen und -haushalte erhielten Kreditzusagen und Zuschüsse in Höhe von 182,7 Millionen Euro. Mit rund 4,3 Millionen Euro wurden Investitionen von Städten, Gemeinden und öffentlichen Unternehmen in die kommunale und soziale Infrastruktur unterstützt.

194,4 Millionen Euro flossen in das energieeffiziente Bauen und Sanieren von Privatpersonen und Unternehmen. 34,8 Millionen Euro entfielen auf Corona-Sonderkredite der KfW für Betriebe, die besonders von der Krise betroffen sind. Damit der Kauf von klimafreundlicheren Autos nicht an einer Unterversorgung mit Ladestationen scheitert wurden private E-Ladesäulen im Kreis Warendorf mit rund 3.5 Millionen Euro von der KfW gefördert.

Das Haus aus dem 3D-Drucker in Beckum: Verrückte Idee oder Konzept der Zukunft?

In 100 Stunden zum Eigenheim – das klingt nach utopischer Zukunftsmusik. In Beckum ist dies kürzlich Realität geworden: Wenn man die reine Druckzeit zugrunde legt, war der 3D-Drucker nur 100 Stunden im Einsatz, um das von Georgios Staikos initiierte Projekt, ein Wohnhaus aus dem Drucker umzusetzen.

Prominenter Besucher des mittlerweile bewohnbaren Hauses war der Präsident des "Deutschen Verbandes für Wohnungswesen" in Berlin und ehemalige NRW-Bauminister, Michael Groschek. Ich habe mich sehr gefreut, dass er meiner Einladung in den Kreis Warendorf gefolgt ist. Es ist wichtig, dass dieses Projekt über die Grenzen unserer Region bekannt wird, damit Bauwirtschaft und Stadtentwicklung sich damit auseinandersetzen. Mit dabei waren auch Frederik Werning, Landtagskandidat für den südlichen Kreis Warendorf, und Felix Markmeier-Agnesens, Vorsitzender der Beckumer SPD, die sich gemeinsam ein Bild vom Hausbau der Zukunft gemacht haben. Felix zog ein begeistertes Fazit: „In kürzester Zeit ist hier aus einer innovativen Baustelle ein echtes Zuhause geworden.“

Initiator Staikos berichtete ausführlich von den Anfängen und der rasanten Entwicklung. Dass hier jetzt ein fertiggestelltes Eigenheim steht, erfüllt ihn mit großem Stolz - kann ich gut verstehen!

Mike Groschek war begeistert: "Angesichts des Fachkräftemangels am Bau, kann der 3-D-Druck Entlastung bringen, wenn das Verfahren weiterentwickelt wird und in der Breite der Bauwirtschaft wirkt."

Auch Landtagskandidat Frederik Werning sicherte Georgios seine Unterstützung zu: „Seine Ideen können das Bauen der Zukunft einfacher und sicherer machen. Aus politischer Sicht ist es jetzt unsere Aufgabe, Erfindergeist und Umsetzung zusammenzubringen und bürokratische Hürden auf dem Weg zur Fertigstellung eines jeden Projektes abzubauen.“

Weniger Bürokratie – ein großer Wunsch, auch von Georgios Staikos.



Baupolitischer Austausch bei der VEKA AG: Das Fenster zur Zukunft in Sendenhorst

Effizientes, klimafreundliches und zukunftsorientiertes Bauen ist und bleibt ein Thema, das uns heute und in Zukunft beschäftigen wird. Auch im Koalitionsvertrag der Ampelregierung ist die Richtung klar vorgegeben: „Bezahlbar, klimaneutral, nachhaltig, barrierearm, innovativ“, heißt es dort in Bezug auf das „Wohnen der Zukunft“. Ein Unternehmen, das zur Umsetzung dieser Ziele Akzente setzt, ist der Fensterprofilhersteller VEKA aus Sendenhorst.

Der regelmäßige Austausch mit einem so fortschrittlichen Unternehmen aus meiner Heimat ist mir besonders wichtig. Dieses Mal wurde ich dabei vom ehemaligen NRW-Bauminister Michael Groschek begleitet. Heute ist er als Präsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen nach wie vor ein wichtiger Ansprechpartner der Branche.



„Herausforderungen brauchen Planungssicherheit“

Hermann Schmitz und Björn Kethorn verantworten im Unternehmen die Umsetzung erforderlicher Standards beim Fensterbau. Im Rahmen des klimafreundlichen Bauens und Sanierens, wie es auch im Koalitionsvertrag gefordert ist, geht es dabei vor allem um Anforderungen im Bereich Dämmen und Energieeinsparung.

In der anschaulichen Darstellung während des Austausches wurde deutlich, welche wichtige Rolle Fenster dabei spielen.

An mögliche neue Normen und Gesetze, die die Regierung beschließt, passe man sich gern an, so der Vorstandsvorsitzende Andreas Hartleif, „was wir brauchen, ist Planungssicherheit, um ein Produkt entsprechend anzupassen oder eben neu zu entwickeln.“

Ich nehme die Anregungen aus dem Betrieb gerne in meine Arbeit im Ausschuss für Bauen und Wohnen auf. Wir wollen einen Baustandard, der vor allem zur Reduzierung der Treibhausgase beiträgt. Dazu ist nicht allein die höhere Energieeffizienz am Bau zu betrachten, sondern der Lebenszyklus der Materialien insgesamt. Der Erfahrungsaustausch aus erster Hand ist für die politische Arbeit und die praktische Umsetzung unverzichtbar.

Zu Gast im Ahlener Gymnasium: "Empörung allein reicht nicht!"

Im Juni besucht die Jahrgangsstufe 9 des Ahlener Gymnasiums Berlin - deshalb war ich Anfang des Monats dort, um mich den Fragen der Schülerinnen und Schüler zu stellen.



Was macht ein Bundestagsabgeordneter eigentlich? Wir haben über große und kleine Themen, die derzeit nicht nur die Politik bewegen, gesprochen.

Migration, Meinungsfreiheit, Impfpflicht, Bildung, AFD, Koalitionen im Bundestag, Gendern, bedingungsloses Grundeinkommen, Atomkraft, Ukraine-Konflikt, Redezeit im Bundestag, Führerschein mit 16: Zwei Schulstunden reichten für die Fragen der neugierigen Schüler und Schülerinnen kaum aus.

Der Kompromiss ist in der Demokratie etwas Positives, weil er zeigt, dass sich auch unterschiedliche Positionen zu gemeinsamen Ergebnissen zusammenbringen lassen. Empörung alleine reicht dabei nicht aus: Wer sich nur über die Klimapolitik aufregt, ohne sich einzubringen, ist am Ende nur frustriert, habe ich den Schülerinnen und Schülern mitgegeben. Engagement ist unverzichtbar, wenn man in der Gesellschaft etwas bewegen will! Klar spielte auch das Thema Impfen eine Rolle. Ich habe meine Position deutlich gemacht: Eine Impfpflicht aller Erwachsenen, dreimal geimpft und zeitlich befristet mit Ausnahmen bei gesundheitlicher Unverträglichkeit - für mich der sicherste Weg zurück zur Normalität. Und auch ein Thema, um über mein Verständnis von Freiheit zu sprechen. Freiheit endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Wer nur seine eigene Freiheit zum Maßstab macht, denkt zu wenig an die Mitmenschen. Freiheit und gesellschaftliche Verantwortung sind für mich zwei Seiten einer Medaille.